

desantagten.

Für den Konzernbereich Voith Industrial Services, der einen profitablen Umsatz von rund 1,2 Mrd. Euro einbringt, soll ein wertehaltender Verkaufsprozess angestoßen werden, teile der Konzern Montag-nachmittag mit Der CEO dieses Geschäftsbereiches, Martin Hennerici, wird das Unternehmen auf eigenen Wunsch verlassen. Ihm folgt Markus Glaser-Gallon nach, der bisher für den Bereich Automotive verantwort-lich war. (APPA)

# Karstadt: Jeder achte Mitarbeiter soll gehen

## Handel. 1271 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden.

Berlin. Der angeschlagene deutsche Warenhauskonzern Karstadt des Throler Immo-Investors René Benko will in seinen Filialen je- den achten Arbeitsplatz abbauen. Die Zahl der Vollzeitstellen soll in den 83 Filialen bis zum Jahr 2016 um 1271 auf 8170 reduziert wer- den, berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf ein 32-seitiges Zukunftskonzept. Die Personalkosten sollen laut dem Konzept so um 64 Mio. auf 308 Mio. Euro gesenkt werden. In die- sen Zahlen sind die angekündig- ten Filialschließungen noch nicht berücksichtigt. Früheren Ange- ben zufolge sollen dadurch wei- tere 300 Arbeitsplätze wegfallen.

### Drei Gehaltsgruppen

Karstadt will künftig auch drei Gruppen von Mitarbeitern be- schäftigen: Verkäufer, Kassierer und Beschäftigte, die ins neu geschaltene Warenserviceam- wecheln sollen. Diese Mitarbei- ter sollen vor allem die Waren auspacken und einschichten.

was hartnäckig kauft, ist tat-

sächlich ein Paradigmenwechsel. Staatsanleihen gelten traditionell als praktisch risikofrei, weil ein Staat theoretisch Geld drucken und die Anleihen so nominal immer bedienen kann - vorausgesetzt, er verfügt über seine eigene Währung. Die Einführung des Euro hat hier von Anfang an Fragen aufgewor- fen - weil die Eurostaaten eben nicht mehr über die eigene „Lizenz zum Geld drucken“ verfügen.

Nach den Bestimmungen der Europäischen Union können aktu- ell aber alle Anleihen, die von

sinn. Die EZB will aber, dass dau- ren mehr Kredite in die Wirtschaft vergeben. Sie plant, den Banken ab März (und bis Ende 2016) Staats- anleihen abzukaufen - gegen den Widerstand Deutschlands.

### Maßnahme „absolut richtig“

Angesichts der großen Bedeutung des Themas werden die Aufseher mit äußerster Vorsicht agieren, ver- mutet Sharon Bowles, die ehema- lige Vorsitzende des Wirtschaft- und Währungsausschusses im Eu- ropäischen Parlament. Es sei aber „absolut richtig“, dass die Eurozo-

zustand, wessens literatur anzugehen, können nur sehr allmählich einge- **AUF EINEN BLICK**

Die EZB hat im Rahmen der Banken- union die Aufsicht über europäische Großbanken übernommen. Die Institute haben sich im Lauf der Eurokrise mit Staatsanleihen vollgesogen, weil diese als besonders risikofrei gelten. Die Zeit der risikolosen Staatsanleihen dürfte in der Eurozone aber bald ablaufen, heißt es von der Chefin der Aufsicht. Wann die Regeln geändert werden, ist aber noch offen.

Die Presse, 03.02.2015

# Lohnsteuer wurde wichtigste Steuer

## Budget. Erstmals überholte die Lohnsteuer die Umsatzsteuer als wichtigste Einnahmequelle des Staates. In den kommenden Jahren soll sie weiter kräftig zulegen.

Wien. Auch wenn die Realeinkom- men stagnieren und die Arbeitslo- sigkeit wächst: Dem Finanzminis- ter brachen die arbeitenden Öster- reicher im Vorjahr ein schönes Plus von 5,5 Prozent. Um diesen Wert stiegen im Jahr 2014 nämlich die Lohnsteuereinnahmen, wie am Montag veröffentlichte Zahlen des Finanzministeriums zeigen. Und damit überholte die Lohnsteuer mit Gesamteinnahmen von 25,9 Mrd. Euro auch erstmals die Um- satzsteuer, die „nur“ um 2,4 Pro- zent zunahm (siehe Grafik).

Zusammen machen diese bei- den Hauptsteuern mehr als zwei Drittel aller Steuereinnahmen aus. Andere kräftige Zuwächse, etwa von fast 20 Prozent bei der motor- bezogenen Versicherungssteuer, fallen nur gering ins Gewicht.

In Summe lagen die Einnah- men des Bundes im Jahr 2014 bei 71,5 Mrd. Euro - und damit leicht niedriger als erwartet. Im Gegen- zug fielen aber auch die Ausgaben mit 74,7 Mrd. Euro niedriger aus, als im Budgetentwurf veranschlagt (75,8 Mrd.). Grund dafür waren vor-

allen die Bankenhilfen, für die rund eine Mrd. Euro weniger aus- gegeben wurde als bei der Planung erwartet, sowie die um 200 Mio. Euro niedrigeren Zinsen. Zum Teil wurde dies durch Mehrkosten im Sozialbereich kompensiert: knapp 400 Mio. Euro mehr aufgrund der Arbeitslosigkeit und rund 200 Mio. mehr für Pensionen.

### Plus 30 Prozent bis 2018

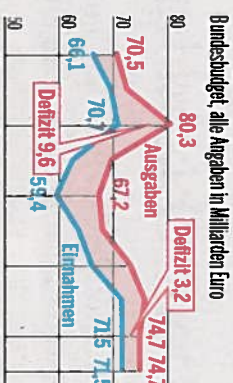
Laut Mittelfristplanung der Regie- rung aus dem Vorjahr sollen die Zuwächse bei der Lohnsteuer auch in den kommenden Jahren weiter- gehen. Demnach soll diese Steuer bis 2018 auf 31,9 Mrd. Euro anstei- gen - ein Plus von fast 30 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 2013.

Damit würde die Lohnsteuer deutlich stärker anwachsen als die restlichen Steuereinnahmen, für die mit einem Plus von 19,4 Pro- zent gerechnet wird. Ob dieser An- stieg doch geringer ausfällt als bis- her geplant, hängt maßgeblich von der Steuerreform ab. Die Regierung will die Details dazu Mitte März präsentieren. (APPA/jaz)

lucht immer uns neuen, aber wir haben sie nichts gehört, was man als Widerstand bezeichnen könne, „zumindest nicht unter den Regi- herern“.

Im weltweiten Kontext deutet sich ein unterschiedliches Tempo beim Reformier an. Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat eine Überprüfung der regulatori- schen Behandlung von Risiken aus Staatsanleihen für 2015 und 2016 in sein Arbeitsprogramm aufgenommen. In der EU ist derzeit keine entsprechende Initiative in Vorbe- reitung. (Bloomberg/jll)

### Budgetbilanz 2014



Bundesbudget, alle Angaben in Milliarden Euro

<b>Ausgaben</b>	<b>Einnahmen</b>
gesamt 74,7 Mrd. und Veränderung zu 2013 in Prozent	gesamt 71,5 Mrd. * und Veränderung zu 2013 in Prozent
37,6 (+5,7)	25,9 (+5,5)
12,9 (+0,5)	25,5 (+2,4)
9,1 (-25,2)	4,1 (-0,7)
8,3 (+0,8)	3,4 (+8,5)
6,7 (-0,3)	2,1 (+19,3)
Arbeits- und Sozialversicherung	Lohnsteuer
Bildung, Forschung, Kunst	Umsatzsteuer
Wirtschaft, Infrastruktur	Mehrwertsteuer
Recht, Sicherheit	Einkommensteuer
Kassa, Zinsen	Mehrwertsteuer

\* Steuereinnahmengesamt 78,5; zum Teil an Gemeindefinanzländern. Quelle: APA, Finanzministerium, Grafik: Die Presse, Pw